



**LANDESVERBAND
BAYERISCHER TRANSPORT- UND
LOGISTIKUNTERNEHMEN**

LBT demonstriert am 12.01. mit zahlreichen Lkw auf der Theresienwiese gegen Politik der Ampel-

Koalition – Breite Unterstützung durch weitere Verbände

Stephan Doppelhammer: „Logistikbranche wird an die Wand gefahren“

(München, 11.01.2024). Der Landesverband Bayerischer Transport- und Logistikunternehmen (LBT) e. V. ruft für **Freitag, den 12. Januar 2024**, seine Mitglieder zu einer **Demonstration** gegen die Politik der Ampel-Koalition auf der Theresienwiese in München auf. Dazu werden **über 800 Lkw** erwartet, die am Morgen des 12. Januar in einer Sternfahrt durch die Münchner Innenstadt auf die Theresienwiese fahren werden. Gegen **11:30 Uhr startet eine Kundgebung**, an der unter anderem als Vertreter der Bayerischen Staatsregierung **Christian Bernreiter**, Bayerischer Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr, und **Hubert Aiwanger**, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie teilnehmen werden. Unterstützt wird die Aktion von folgenden Organisationen:

- vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.
- Wirtschaftsbeirat Bayern
- BGL – Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung
- BIV - Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e. V.
- VBS – Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e. V.
- Bayerischer Bauindustrieverband e. V.
- LBB - Landesverband Bayerischer Bauinnungen
- BZV - Bayerischer Ziegelindustrie-Verband e. V.
- LBS – Landesverband Bayerischer Spediteure e. V.

Der LBT wendet sich insbesondere gegen die Mauterhöhung durch die Bundesregierung. **LBT-Hauptgeschäftsführer Stephan Doppelhammer** sagte: „Es gibt seit 1. Dezember 2023 neue Mautsätze durch die Einführung eines neuen CO2-Mautteilsatzes. Dies führt zu einer Erhöhung der Lkw-Maut für fast alle Euro VI-Lkw um 83 Prozent. Ausnahmen oder Mautbefreiungen für biogene oder synthetische Kraftstoffe gibt es nicht. Dies ist nicht hinnehmbar.“

Georg-Brauchle-Ring 91
80992 München
Tel. (089) 12 66 29-0
Fax (089) 12 66 29-25
E-Mail: info@lbt.de
Internet: www.lbt.de

**PRESSE-
INFORMATION**

München, 11.01.2024

Verantwortlich:
Stephan Doppelhammer
Abdruck honorarfrei
Beleg erbeten

Wirtschaft und Gesellschaft werden um zusätzliche 7,6 Mrd. Euro pro Jahr belastet! Das Gesetz hat zudem keine klimawirksame Lenkungswirkung. Denn Fahrzeuge mit mautbefreiten Antrieben sind am Markt nur sehr begrenzt und wenn dann zu den zwei- bis dreifachen Kosten verfügbar, es steht keine entsprechende Ladeinfrastruktur für einen flächendeckenden Einsatz zur Verfügung und eine nennenswerte Verlagerung auf die Schiene ist mangels Kapazitäten bei der Bahn nicht möglich. Zudem muss die Maut für Fahrten ohne Ladung, für so genannte Leerkilometer, zusätzlich einkalkuliert werden.“

Die Ampel ist laut LBT zur Belastung für ganz Deutschland geworden. „Zusagen aus dem Koalitionsvertrag, die eine Doppelbelastung aus einer CO2-Maut und einer Abgabe über das Brennstoffemissionshandelsgesetz ausschließt, werden nicht eingehalten. Milliarden Mehreinnahmen werden nicht zielführend in die Straßen- und Ladeinfrastruktur reinvestiert, sondern zur Haushaltssanierung verwendet. Damit kann die Maut keine Lenkungswirkung entfalten. Eindrucksvoller kann man den drittgrößten Wirtschaftsbereich, die Logistikbranche, nicht an die Wand fahren“, so Doppelhammer weiter.

Der LBT fordert eine Überarbeitung der Maut und die Umsetzung eines 10 Punkte-Programms. Doppelhammer: „Wenn die Politik die Wirtschaft in unserem Land stärken will, muss sie

1. die Straße als wichtigen Verkehrsweg stärken,
2. leistungs- und zukunftsfähige Parkflächen entlang von Verkehrsadern errichten,
3. Straße und Schiene für Gütertransport besser verzahnen,
4. die digitale Infrastruktur ausbauen,
5. die Ladeinfrastruktur für E-Mobilität und Wasserstoff im Nutzfahrzeugbereich ausbauen,
6. alternative Treibstoffe wie HVO100 weiter entwickeln und zur CO2-Reduzierung anerkennen,
7. die Zweckbindung der CO2-Maut sicherstellen - Straße finanziert Straße,
8. Fördermöglichkeiten anbieten, die die Transformation zu einem CO2-reduzierten Güterverkehr erlauben,
9. Fachkräfte gewinnen und das Berufsbild verbessern – durch weniger Bürokratie und mehr Förderung,
10. sowie Genehmigungsverfahren für Großraum- und Schwertransporte vereinfachen.

vbw Präsident Wolfram Hatz sagte: „Das Transportwesen ist eine der tragenden Säulen unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft insgesamt. Sie hält unser Land schlichtweg am Laufen. Die Politik muss die Branche daher besonders schützen. Die Belastungen, die die Betriebe aus dem Transportwesen treffen – und damit unsere gesamte Wirtschaft – sind nicht mehr hinnehmbar. Es ist absurd, dass die LKW-Maut durch den CO2-Aufschlag für fast alle modernen Euro-6-LKW zum 1. Dezember um mehr als 80 Prozent gestiegen ist, obwohl noch längst keine flächendeckende Ladeinfrastruktur für elektrische Alternativen zur Verfügung steht. Es kann auch nicht sein, dass die Transport- und Logistik-Branche durch LKW-Mauterhöhung und nationalen Emissionshandel eine untragbare Doppelbelastung stemmen muss. Es ist fatal, dass den Betrieben durch die LKW-Mauterhöhung das Geld für die erforderlichen Investitionen fehlt. Die Mauterhöhung muss deshalb ausgesetzt werden. Die Standortbedingungen in Deutschland haben sich in den vergangenen Monaten bereits verschlechtert. Die Ampel verschlimmert die Lage zusätzlich – nicht nur mit der Mauterhöhung für LKW. Wir haben mit viel zu hohen Steuern und Abgaben zu kämpfen. Zudem haben Bürokratie und Regulierung ein unerträgliches Ausmaß erreicht. Die Ampel muss jetzt endlich handeln und eine Standortpolitik auf den Weg bringen, die diesen Namen auch verdient.“

